Sonderdruck

Der Flächennutzungsplan als Gegenstand der Rechtsprechung und des Rechtsschutzes

Von Rechtsanwalt Dr. Bernhard Stüer, Münster
Der Flächennutzungsplan als Gegenstand der Rechtsprechung und des Rechtsschutzes *

Von Rechtsanwalt Dr. Bernhard Stöhr, Münster

Während die mit Bebauungsplänen in Zusammenhang stehenden Rechtsfragen in Rechtsprechung und Literatur ausgiebig behandelt werden, sind rechtliche Aussagen zum Flächennutzungsplan nur in weitaus geringerem Umfang vorhanden. Dies mag hauptsächlich daran liegen, daß der Flächennutzungsplan als vorbereitender Plan lediglich Darstellungen, Kennzeichnungen sowie nachrichtliche Übernahmen und Vermerke enthält (§ 5 BBauG), die für den Bürger nicht unmittelbar rechtsverbindlich sind. Wegen des größeren Abstraktionsgrades der Flächennutzungsplanung konnte auch die allgemeine Bürgerbeteiligungswelle den Flächennutzungsplan weit weniger in den Blickpunkt einer an Planung zunehmend interessierten Öffentlichkeit rücken, als dies bei den Festsetzungen von Bebauungsplänen vielfach zu beobachten ist, durch die der Bürger unmittelbar betroffen und damit „sensibilisiert“ wird. Deshalb und wegen der Beeinflussung des Rechtsschutzes gegen Flächennutzungspläne auf nur mittelbare Klägelmöglichkeiten (Inzidenter-Controle) ist auch der Befund am Entscheidung zur Flächennutzungsplanung im Vergleich zur Bebauungsplanung nicht sonderlich groß.


1. Der Flächennutzungsplan als vorbereitender Bauleitplan

Als Kernstück des BBauG und wesentlicher Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltungsgrundgesetz hat die Bauleitplanung eine wichtige Funktion. Sie bereitet die Grundstücksnutzung vor und leitet sie (§ 1 Abs. 1 BBauG) in die Dienst einer geordneten städtebaulichen Entwicklung.

1. Die Stufen kommunaler Bauleitplanung

Die gemeindegeplante Bauleitplanung vollzieht sich nach dem Gesetz in zwei Stufen:

Im Flächennutzungsplan wird für das gesamte Gemeindegebiet sich aus der beabsichtigten Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nieder- gelegt (§ 5 Abs. 1 BBauG). Der Flächennutzungsplan enthält Darstellungen, (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 – 8) Kennzeichnungen (§ 5 Abs. 2 Nr. 1, 2, Satzteil; Abs. 3), Kenntlichmachungen (§ 5 Abs. 4), nachrichtliche Übernahmen (§ 5 Abs. 5 S. 1) und Vermerke (§ 5 Abs. 5 S. 2).

Der Bebauungsplan umfaßt in der Regel nur einen Teil des Gemeindegebiets und enthält für den Bürger rechtsverbindliche Festsetzungen für die städtebauliche Ordnung (§ 8 Abs. 1, 5, 1 BBauG). Er wird als Satzung beschlossen (§ 10 BBauG) und bildet die Grundlage für weitere Maßnahmen nach dem BBauG (§ 8 Abs. 1, 5 BBauG). Der mögliche Inhalt des Bebauungsplans (Festsetzungen, § 9 BBauG) ist gesetzlich festgelegt.

2. Das Aufstellungsverfahren

Flächennutzungspläne werden ebenso wie Bebauungspläne — in einem gesetzlich normierten, förderlichen Verfahren aufgestellt. Der Verfahrensablauf hat folgende Strukturierung:

Feststellung der Erforderlichkeit eines Flächennutzungsplans durch den Rat oder, im Rahmen der laufenden Geschäfte, durch die Verwaltung.


- Aufstellungsbeschuß des Rates, 
- Ausarbeitung eines Flächennutzungsplan-
vorentwurfs durch die Verwaltung, 
- Setzung der Träger öffentlicher Belange, 
- Abstimmung des Vorentwurfs mit benachbarten 
Verwaltungsgängen, 
- Anhörung der Bürger, 
- Beschluß des Rates, den Flächennutzungsplan-
tentwurf auszulegen, 
- ortsübliche Bekanntmachung der Auslegung, 
- Auslegung, im Anregungen und Bedenken 
durchgesehen, 
- Prüfung der Anregungen und Bedenken durch 
Verwaltung und Rat, 
- Aufstellung des Flächennutzungsplans durch 
Beschluß des Rates, 
- Vorlage zur Genehmigung bei der höheren 
Verwaltungsbehörde, 
- ortsübliche Bekanntmachung der Genehmigung, 
- damit Wirksamwerden des Flächennutzungsplans 
und Auslegung.

2.1 Aufstellungsbeschuß

Am Anfang des rechtlich normierten Aufstellungs-
verfahrens steht der Beschuß der Gemeinde, den 
Bauleitplan aufzustellen (§ 2 Abs. 1 S. 1 BBlau). Dieser 
Beschuß muß von der Gemeindevertretung gefaßt 
werden, weil er nicht zu den (einfachen) Geschäften 
der laufenden Verwaltung gehört, die von der Ge-
meindeverwaltung wahrgenommen werden können.
Der Aufstellungsbeschuß ist im Hinblick auf die 
Rechtswirkung, die er entfalten kann, ortsüblich 
bekanntzumachen (§ 2 Abs. 1 S. 2 BBlau).

2.2 Ausarbeitung des Planentwurfs

Sodann wird mit der Ausarbeitung des Planentwurfs 
begonnen. Bei der Ausarbeitung des Plans sind die 
Träger öffentlicher Belange möglichst frühzeitig zu 
beteiligen. Ist die Anhörung der Träger öffentlicher 
Belange rechtlich gefordert, so ist eine Heilung dieses 
Verfahrensmangels durch nachträgliche Beteiligung 
der Träger öffentlicher Belange nicht möglich.

2.3 Die Bedeutung des Erläuterungsberichts

Die „Legende“ zum Flächennutzungsplan erklärt 
die in Flächennutzungsplan verwendeten Planzeichen. 
Sie ist Teil der Planzeichnung. Soweit Darstellungen 
durch Text getroffen werden, sind sie gleichfalls auf 
die Planzeichnung oder auf ein besonderes Blatt, das 
Teil des Planes ist, zu setzen. Hiervon ist der Erläu-
terungsbericht nach § 5 Abs. 7 BBlau zu unterschi-
den, der den Flächennutzungsplan beizufügen ist. Er 
soll die zeichnerischen und textlichen Darstellungen 
mit ihren Erläuterungen der ausführlichen Anforderungen 
zu einer genauen Begründung geben. Der Erläuterungsbericht 
ist nicht Teil des Flächennutzungsplans (§ 2 Abs. 6 
und 8 BBlau), nimmt jedoch an allen Verfahrenssätzen 
des förmlichen Planverfahrens teil und ist der Gegen-
über im Verfahrensdurchsatz vorzulagern. Der Erläuterungsbericht 
hat den wesentlichen Anlaß und die tragenden Gründe

für die Planung darzulegen. Er hat die Grundzüge 
der Erstellung der Planung aufzuziehen und sich 
mit den Fragen auseinandersetzen, denen eine für 
alle Planung maßgebliche Bedeutung zukommt. Ein 
Erläuterungsbericht leidet an einem erheblichen 
Mangel, wenn die Angaben im Erläuterungsbericht 
und die Darstellungen im Flächennutzungsplan derart 
veoneinander abweichen, daß anzunehmen ist, daß 
Flächennutzungsplan und Erläuterungsbericht von 
zuviel verschiedenen Voraussetzungen ausgehen. Bei 
erheblichen Mängeln des Erläuterungsberichts ist 
der Flächennutzungsplan nicht gültig zustandekommen.

2.4 Bürgerbeteiligung

Das Verfahren zur Aufstellung des Flächennutzungs-
plans wird von der Bürgerbeteiligung gemäß § 2a BBlau begleitet. Der bisherigen Verfahren der Bür-
gerbeteiligung ist die vorgezogene oder frühzeitige Bürgerbeteiligung des § 2a Abs. 2 BBlau vor-
geschaltet worden. Sie stellt ein Gegenwärtig zu den 
erweiterten Planungsgesetzen und Eingriffrechten 
der Gemeinde dar. Der Bürger soll bereits in einem 
Stadium an der Planung beteiligt werden, in dem die 
Planung sich noch nicht zu einem unumstößlichen 
Entwurf verfestigt hat. Das Gesetz sieht deshalb eine Informationssystem in zwei Phasen vor:
- vorgezogene Bürgerbeteiligung; Teilnahme an der 
Planungsvorbereitung (§ 2 a Abs. 2 - 5 BBlau), 
- förmliche Bürgerbeteiligung; Stellungnahme zu 
 einem Planentwurf (§ 2 a Abs. 6 BBlau).

Die Bürgerbeteiligung hat aus rechtlicher und fort-
gende Hauptfunktionen:
- Anreicherung des Abwassermaterials (Informationseinverleibung), 
- Verbesserung der Entscheidungsqualität, 
- Verbreiterung der Entscheidungskompetenz (Legitimationsfunktion), 
- Vergrößerung der Beteiligung der Betroffenen, die Planung mitzuwirken (integrationsfunktion).

2.4.1 Vorgezogene Bürgerbeteiligung

Im Rahmen der vorgezogenen Bürgerbeteiligung 
(§ 2 a Abs. 2 - 5 BBlau) hat die Gemeinde die all-
gemeinen Ziele und Ziele des Flächennutzungs-
plans öffentlich darzulegen und eine Beteiligung durch-
zuführen, bei der Darlegung sollten auch die voraus-
sichtlichen Auswirkungen und mögliche Alternativen 
angepacht werden. Als Geschäft der laufenden Ver-
waltung ist die vorgezogene Bürgerbeteiligung von 
der Verwaltung durchzuführen. Die Gemeinde kann 
allgemein, für bestimmte Bauleitpläne oder im Einzelfall bestimmen, in welchen Arten und Weise, in welchem räumlichen Bereich und innerhalb welcher Frist die Bürger zu beteiligen sind (§ 2 a Abs. 3 
BBlau).

Auf Beschuß der Gemeinde kann von einer vorge-
zogenen Bürgerbeteiligung abgesehen werden, 
bei der Flächennutzungsplanung geplant oder ergänzt 
und dadurch die Grundzüge der Planung nicht

2.4.2 Die örtliche Bürgerbeteiligung


Der Entwurf des Flächennutzungsplanes ist vollstän- dig auszulegen. Dazu gehören nicht nur die zeichnerischen Entwürfe nebst Legende, sondern auch die Erläuterungserklärung, dessen Fehlen bei der Auslegung den gültigen Zustandekommen des Flächennutzungsplanes entgegenstehen kann.


2.4.3 Massenverfahren


2.4.4 Behandlung der Bedenken und Anregungen

Über die eingegangenen Bedenken und Anregun- gen an im Rat zu beraten und das Ergebnis der Behandlungen den Einwendungshörern mitzuteilen (§ 2a Abs. 6 BbauG). Führen die Beschränkung zu einer wesentlichen Änderung der Flächennutzungsplanung, so ist die Auslegung erneut zu beschließen und zu wiederholen.

Völkerrecht und Gemeindeverwaltung 5/1979

2.5 Beschluß zur Feststellung des Flächen- nutzungsplanes

Nach Behandlung der Anregungen und Bedenken wird der Flächennutzungsplan durch Beschluß der Gemeindevertretung, die ihre Zuständigkeit nicht auf die Verwaltung oder einen Ausschuß delegieren kann, festgestellt.

2.6 Mitwirkungsurkunde für befangene Ratsmitglieder


2.7 Genehmigung des Flächennutzungsplans durch die höhere Verwaltungsbehörde


gültig über den Flächennutzungsplan – wenngleich mit Auflagen – entschieden hat. Die Vorwegnehmenung unterschiedet sich von der endgültigen Genehmigung im Sinne der Flächennutzungsplanung und Genehmigungsvorgang in zwei oder mehrere Teile aufgespalten wird, daß also der Vorwegnehmenung eines Teils eine weitere Entscheidung folgt, mit der entweder auch der Restplan genehmigt wird oder doch jedenfalls auf die weitere Bauleitplanung der Gemeinde bezüglich des zurückgestellten Teils eingewirkt werden kann. Die Genehmigung des ge-
smalten Flächennutzungsplans unter Auflagen schließt dagegen das Genehmigungsverfahren für die höhere Verwaltungsbehörde endgültig ab.

3. Der Flächennutzungsplan im Verhältnis zu öffentlichen genutzten Freiflächen und gemeinnützigen Grundstücken

Die Bauleitplanung ist gemäß § 1 Abs. 4 BbauG an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung anzupassen. Sie ist ferner nach Maßgabe des § 1 Abs. 5 BbauG mit vorliegenden Entwicklungs-
planung abzustimmen.

3.1 Die Beziehungen von Zielen der Raumordnung und Landesplanung

Gemäß § 1 Abs. 4 BbauG sind die Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung und Landesplanung anzu-
passen.

3.1.1 Durch die Fassung des § 1 Abs. 4 BbauG „sind anzupassen“ wird klargestellt, daß es sich um keine Soli-, sondern um eine Mullvorschrift handelt.

3.1.2 Ein Vorsteuern die Ziele der Raumord-
nung und Landesplanung rechtfertigt die Versagung oder Einschränkung der Genehmigung, kann aber auch nach einer verfehlten Genehmigung zur Nie-
tigkeits- oder Teilnichtigkeit des Flächennutzungsplans führen 7.

Ferner ergibt sich für die Gemeinden die Pflicht, bei später aufgestellten Zielen der Raumordnung oder Landesplanung bestehende Flächennutzungspläne anzupassen, allerdings nur dann, wenn durch diese Anpassung die herkömmliche und natürlich gewach-
sene Struktur der Gemeinde nicht aufgehoben wird. Der Grund dieser Anpassungspflicht liegt darin, die Gemeinde daran zu hindern, durch Umstrukturierun-
gen (z. B. von vorwiegend landwirtschaftlichen Gebie-
ten zu Industriegebieten, durch Angebot billigen Bau-
grundes) in Widerspruch zu der übergreifenden Raum-
ordnung und Landesplanung zu treten.

3.1.3 Mit Hilfe dieser Bindung der Flächennutzungs-
pläne an die Raumordnung und Landesplanung und dem in § 8 Abs. 2 niedergelegten Gebot, die Bebau-
ungssätze aus den Flächennutzungsplänen zu ent-
wickeln, entsteht eine Koordinierung der konkreten Planung eines Teiltauschnittes des Gemeindegebiets durch Bebauungspläne mit dem Flächennutzungsplan, der Planung auf regionaler und landesebene bis hin zur übergreifenden großen Flächennutzungsplan des Bundes.

3.1.4 Aus dem Abwägungsgebot folgt, daß die Gemeinde im Rahmen der Abwägung allgemein be-
stehende Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung auch dann mit zu berücksichtigen hat, wenn diese Grundsätze und Ziele noch nicht förm-
lisch festgelegt sind. 8

Ziele der Raumordnung und Landesplanung stehen den Darstellungen des Flächennutzungsplans aller-
dings nur entgegen, wenn dessen Konzeption die übergeordneten, notwendigerweise größtenteils allgemein und abstrakteren Ordnungsvorstellungen der Landes-
planung vereiteln oder erheblich beeinträchtigen würden 4.

3.1.5 Die Landesplanung ist allerdings zunehmend beschränkt, auf die Planungen der Gemeinden durch Landesentwicklungsprogramme, Landesentwicklungs-
pläne, Gebietsentwicklungspläne, regionale Entwick-
ungsmaßnahmen und Einzelweisungen einzuwirken. Dies ist nicht unbedingt und unterliegt umso höhe-
ren Gemeinwohlanforderungen, je mehr die mit Lan-
desinteressen begründeten Regelungen die gemeind-
liehe Planungshoheit einengen 9.

3.2 Die gemeindliche Entwicklungsplanung

Gemäß § 1 Abs. 5 BbauG sind die Ergebnisse einer gemeindlichen Entwicklungsplanung bei der Aufstel-
ung der Bauleitpläne zu berücksichtigen. Die Ent-
wicklungsplanung ist nach der Kompromißfassung des § 1 Abs. 5 BbauG nicht verbindlich für die Gemeinde vorgeschrieben, sondern eine freiwillige Aufgabe der Gemeinde, die damit selbst bestimmen kann, ob sie eine eigene Entwicklungsplanung aufstellen will und welchen Inhalt diese Planung haben soll. In § 1 Abs. 4a BbauG-Entwurf, der später vom Vermittlungsausschuß gestrichen worden ist, war folgende Definition der Entwicklungslplanung vorgesehen: „Eine Entwicklungslplanung der Gemeinde im Sinne dieses Gesetzes ist eine Planung, die die Zielsetzungen für den Gesamtbereich gemeindlicher Tätigkeit, insbesondere für Teilbereiche aufzeigt und auf die Gemeinde 10. Sie setzt den Rahmen für eine, insbesondere den sozia-
len, kulturellen und wirtschaftlichen Erfordernissen dienende, städtebauliche Entwicklung und Ordnung des Gemeindegebiets einschließlich der raumwirk-
samen Verhältnisse der Gemeinde und deren Zeit- und Rangfolge.

1 Eine verbindlichen Einführung der gemeindlichen Entwicklungsplanung ist insbesondere entgegengehalten worden, daß diese neue Stufe kommunaler Planung von Bürgerbevölkerung und ohne rechtswirks-
mes Verfahren zustandskommen, was unter rechtstaat-
lichen und demokratischen Aspekten nicht bedenk-
frei ist. § 1 Abs. 5 BbauG geht deshalb den Mittelweg, einerseits die Gemeinde nicht zu einer Entwicklungs-
planung zu verpflichten, andererseits aber Disponen-
zen zwischen kommunaler Entwicklungsplanung und Bauleitplanung (Flächennutzungs- und Bebauungs-
planung) vorzubehalten, wenn die Gemeinde sich zu einer Entwicklungsplanung anschließt hat 12.

3.3 Stadtteilepläne

Gerade in größeren Städten, aber auch in vielen neugegründeten Gemeinden, ist es vielfach üblich, Stadtteil- oder Quartierplan aufzustellen, die räum-

7 Vgl. ÖVG Lübeck, B. v. 24. 4. 918 - I A 11998 - BVerwG 22. 4. 18
10 Der, Bernhard Saltr, Funktionen und kommunale Selbstver-
altung, Schriftenreihe DSt, 1979, §§ 5 und 7.
11 Schwarze, (auch Titel) BbauG - Kommentar, 2. Aufl. (1977), ReMr. 14 zu § 1 BbauG.

Städte- und Gemeinderat 5/1979
lich den Geltungsbereich mehrerer Bebauungspläne umfassen, und damit eine dritte Ebene zwischen (dar-
stellendem) Flächennutzungsplan und (festsetzendem) Bebauungsplan bilden. Die Aussagen dieser Stadt-
teilpläne sind für den Bürger nicht verbindlich, führen jedoch zu einer Selbstbindung der Gemeinde, ein förmliches Aufstellungsverfahren mit Bürgerbetei-
ligung ist ebenso wie bei der kommunalen Entwick-
 lungsplangesetzung vorgeschrieben, ein Rechtsschütz
gegen diese Pläne nicht errichten. Daraus können sich aus rechtlicher Sicht Bedenken gegen eine derartige Planungsebene ableiten. Die Stadtteilpläne haben
sich den Darstellungen des Flächennutzungsplans an-
zupassen, da nur so gesichert werden kann, daß die
aus den Stadtteilplänen hervorgehenden Bebauungs-
pläne den in § 6 Abs. 2 BImSchG niedergelegten Gebot
der Entwicklung der Bebauungspläne aus dem Flä-
chenutzungsplan entsprechen.

3.4 Interkommunale Abstimmung

Eine Bauleitplanung ist mit der Bauleitplanung be-
achbarter Gemeinden abzustimmen, wenn unmittel-
bare Auswirkungen gewichtiger Art auf die Planungs-
hoheit dieser Gemeinde in Betracht kommen. Inhalt-
lich genügt ein Bebauungsplan dieser Abstimmungs-
pflicht, wenn die möglichen Belastungen, die von
ihm auszugehen können, die Grenzen des den benachbarten Gemeinden zuzurechnenden nicht überschreiten\(^1\).

4. Änderung und Außer Kraft treten des Flächen-
nutzungsplans / keine Planaufstellungspflicht

Die Grundsätze der Planaufstellung gelten auch für die Änderung des Flächennutzungsplans. Hinzu treten folgende Besonderheiten:

4.1 Vorgezogene Bürgerbeteiligung kann bei gering-
förmigen Planänderungen entfallen

Gemäß § 2 Abs. 4 Nr. 1 BImSchG kann von der vor-
gezogenen Bürgerbeteiligung abgesehen werden, wenn der Flächennutzungsplan geändert oder ergänzt wird und dadurch die Grundsätze der Planung nicht berührt werden.

4.2 Änderung des Flächennutzungsplans und qualifiziertes Abwägungsgebiet

Eine Planänderung unerliegt den Grundsätzen des sog. qualifizierten Abwägungsgebots. Danach hat die Gemeinde bei der Planänderung folgendes zu beach-
ten:

- Soll ein Bauleitplan innerhalb weniger Jahre ge-
ändert werden, so hat diejenige Gemeinde den
damals zugrundegelegten Sachverhalt sowie die
damals angestellten Wertungen, Erwägungen und
Prognosen und die vom Plan ausgegangenen Wir-
kungen zu berücksichtigen (Pflicht zur Berücksich-
tigung wirksamer Bauleitpläne und der davon Aus-
gangenen Wirkungen).

- Die erneute Planung unterliegt einer erweiterten
Begründungspflicht und der Begründung einer besonderen Qualifizierung (Pflicht zur erweiterten und qualifizierten Begründung).

- Eine erst kürzlich getroffene Planungsentscheidung darf nur korrigiert werden, wenn die bisherige Plan-
ung den Läuten ärgerlicher Erfahrungen, Erkenntnisse

oder Zielsetzungen deutlich weniger gut ist als die
neuerdings günstigere Lösung (gesteigerter Ver-
schlechterungsgrad).

- Die Gemeinde ist nur berechtigt, ihre Zielvorstel-
 lung zu ändern, wenn die Veränderung der tatsächlichen Ge-
gebenheiten und Entwicklung oder zusätzlich gewachsenen Erfahrungen dies nötig oder angezeigt erscheinen lassen (Barriere für die Änderung der Zieleinrichtung einer Planung).

- Die Gemeinde ist und sie kontrollieren das Gerät,
hat in allen Abwägungsstadien das Gebot der
Vertrauensschutzes als Belag zu berücksichtigen.
(Pflicht zur durchgängigen Berücksichtigung des
Vertrauensschutzes im Abwägungsverfahren)

4.3 Planaußer Kraft treten

Flächennutzungspläne können in folgenden Fällen außer Kraft treten:

- Aufhebung durch förmliches Verfahren nach § 2
 Abs. 6 BImSchG
- Infolge von kommunalen Neuregelungsmaßnahmen
- Infolge normwidrigender Fakten

4.3.1 Außer Kraft treten von Flächennutzungsplänen bei kommunalen Neuregelungsmaßnahmen

Flächennutzungspläne treten im Zuge von Maßnah-
men der kommunalen Neuregelung außer Kraft, wenn
ihre Festsetzungen unter der geänderten Umstände
nicht mehr brauchbar oder abfolge einer im Ergeb-
nis schlechterdings nicht mehr vertretbaren Abwägung
der betroffenen Belange nicht mehr aktuell sind.\(^2\)

Im übrigen ist die Fortsetzung des Flächennutzungs-
pläne bei Maßnahmen der kommunalen Gebiets-
reform in § 4 a Abs. 1 BImSchG geregt, wonach un
beschäftigt abweichende landesrechtliche Regelun-
gen bestehende Flächennutzungspläne bei Maßnah-
men der kommunalen Gebietsreform oder bei Bildung
von Planungsverbünden fortgehen.

4.3.2 Außer Kraft treten von Darstellungen des Flächennutzungs-
plänes infolge normwidrigender Fakten

Flächennutzungspläne können ebenso wie Be-
bauungspläne – durch die Bildung entgegengerich-
teter Gewohnheitsrechts oder als Folge einer von ihnen abweichenden Entwicklung außer Kraft treten (raum-
widersprechende Fakten). Haben die Verhältnisse wesentlich geändert ist und die Verwirk-
lung der Darstellungen des Flächennutzungsplans auf abweichende Zeit ausgeschlossen, so tritt die ent-
spachende Darstellung außer Kraft, wenn das in die möglicherweise gesetzte Vertrauen wegen der Offen-
kundigkeit der raumwidersprechenden Fakten nicht schützenswert ist\(^3\).

---


\(^{2}\) Vgl. dazu im einzelnen Bernhard Stöcker: Abwägungsgebiet, Mehrfach
neuregelung und Vertrauensschutz, DBRB 1977, S. 1 – 15 sowie zur
Berücksichtigung Verständnis NW, v. 15. 9. 1973 – Verständnis


Eine solche Entwiklung führt aber nur dann zur Ungültigkeit des gesamten Flächennutzungsplans, wenn dessen Grundkonzeption gegenstandslos ge- worden ist.13

4.3.3 Aufhebung nichtiger Flächennutzungspläne


Die Frage, ob eine Gemeinde die Bekanntmachung der Genehmigung eines Bebauungsplans unterlassen darf, wenn sie mittelweise von der Rechtswidrigkeit der Planung überzeugt ist oder aus anderen Gründen das Planverfahren nicht mehr forciert möchte, hat das BVerfG oft-geltend.15

Das Gericht sieht jedoch offensichtlich dazu, einartiges Verfahren nicht für zulässig ansehen, die Gemeinde vielmehr zu verpflichten, die zum Blaßheit- plan, ermittelte Genehmigung gemäß § 6 Abs. 6 BImUG ordnungsmäßig zu geben.16

4.4 Ken Planaufstellungs- und Planänderungs- anspruch

Gemäß § 3 Abs. 7 BImUG besteht kein Anspruch auf Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Bauplätzen. Der einzelne Bürger hat daher kei nen Anspruch darauf, daß die Gemeinde ihre öffentlich-rechtlich bestehende Verpflichtung, einen Flächen- nutzungsplan aufzustellen, erfüllt.17

7. Die geirichtliche Kontrolle des Flächennutzungsplans

In einem weiteren Abschnitt soll nunmehr die ge- richtliche Kontrolle des Flächennutzungsplans erörtert werden. Die Überprüfung des Flächennutzungsplans erfolgt durch behördliche Kontrolle, insbesondere über die Genehmigung des Flächennutzungsplans (§ 6 Abs. 2 BImUG), und durch gerichtliche Kontrolle. Die gerichtliche Kontrolle erfolgt in allen Verfahrens- arten der VwGO, nämlich im Falle von

- Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen (§ 42 VwGO,)
- (vorbeugenden) Unterrichtungs- und Feststellungsklagen (§ 43 VwGO), und
- im Rahmen der neuregelten Normenkontrolle (§ 47 VwGO)

1. Rechtsnatur des Flächennutzungsplans


Die Rechtsnatur des Flächennutzungsplans, über die das Gesetz im Unterschied zum Bebauungsplan (§ 10 BImUG: Satzungen) unmittelbar nichts sagt, ist umstritten. Die Meinungen im älteren Schrifttum rei- chen von der Rechtsnatur als den Verwaltungsakt und den öffentlich-rechtlichen Vertrag bis zur Ver- waltungsinterim. Im Vordergrund begriffen ist die Auffassung, daß der Flächennutzungsplan eine hohen- liche Willensäußerung eigener Art, eine besonders ausgestaltete Planungstitel darstellt. Als Rechtsnorm oder Verwaltungstitel kann der Flächennutzungsplan nicht begriffen werden, weil er nicht auf eine für diese beiden öffentlich-rechtlichen Handlungstypen wie- seitliche unmittelbare Rechtswirkung nach außen gerichtet ist. Denn im Gegensatz zum Bebauungsplan enthält der Flächennutzungsplan als vorbereitender Bauplan (§ 1 Abs. 2 BaubG) lediglich "Darstellung- gen" (§ 5 Abs. 2 BImUG) und nicht wie der Bebauungs- plan, "rechtswirksame Festsetzungen" (§ 1 Abs. 2, Abs. 1 BImUG). Der Flächennutzungsplan beruht auch nicht auf einem öffentlich-rechtlichen Ver- trag zwischen den Planungsbeteiligten. Er enthält vielmehr ein "Verwaltungsprogramm", an dem sich die gemeindliche Planung orientiert.

2. Keine Direktkontrolle im Insidiente-Kontrolle

Die Erkenntnis, daß es sich bei dem Flächennut- zungsplan um eine besondere herzliche Willensäu- ßerung, um eine Planungsstufe und damit um ein Rechtsmittel der Planung eigener Art handelt, bedeutet, daß Bedingungen für den Rechtsanspruch und Verpflichtungsklagen gegen einen Flächennutzungs- plan ausgeschlossen. Auch ein neumodenkontroll- verfahren nach § 47 VwGO ist gegen einen Flächen- nutzungsplan nicht zulässig, weil er keine Rechtsnorm ist.

Einzelne, durch den Flächennutzungsplan vermitt- tellte Rechtsbeziehungen können jedoch Gegenstand einer Feststellungsklage (§ 43 VwGO) sein. So ist bei- spielsweise eine Gemeinde-Rechtschutz durch eine vorbeugende Feststellungsklage gegen eine Flächennutzungsplanung einer Nachbargemeinde zu gewäh- ren, welche durch das Abstimmungsgebot des § 2 Abs. 1 begründete Pflicht zur Rücksichtnahme und zur Vermittlung undmutbarer Auswirkungen zu verleiten droht 18.

14 Vgl. dazu Klaus-Peter Dottl, Verwaltungsrichterlicher Entlastungsausschuß durch die Verwaltung (Hrsg.) (1984), S. 153 m.w. abger.
15 VwSG, Urt. v. 29. 27. — IR — Vw 5272 — NZL 12/91, S. 554.
16 Diese zur Veröffentlichung der Genehmigung eines Bebauungsplanes ergangene Rechtsbeschwerde (§ 2 BImUG) dürfte wegen dem Inhalt gleichgewichtige Wortlautere (§ 8 Abs. 4 BImUG) auch auf die Bekanntmachung der Genehmigung eines Flächennutzungsplanes zu drängen sein.

Städte- und Gemeindeamt 5/1979
selbst eine Verfassungswidrigkeit gegen einen Be- bauungsplan wegen der weiteren Vollzugsbedürf- 

lichkeit der Festsetzungen für unzulässig erklärt. Die Darstellungen des Flächenutzungsplans können durch eine Inzidenz-Kontrolle im Rahmen der Rechtskontrolle von Bebauungsplänen, die nur recht- 

dirigiert, ob sie aus einem gültigen Flächennut- 

zungsgesetz entwickelt worden sind, sowie bei der Rechtsmittelhaftigkeitskontrolle von erteilten oder verwei- 

gerten Baugenehmigungen überprüft werden. Inso- 

soweit kann die Frage der Rechtmäßigkeit des Flächen- 

nutzungsgesetzes im Normenkonzertverfahren gegen 

einen Bebauungsplan oder bei der gerichtlichen Über- 

prüfung von erteilten oder verweigerten Baugenehmigungen untersucht werden.

3. Die Systematik der Genehmigungstatbestände

Bei der Rechtskontrolle von erteilten oder verwei- 
gerten Baugenehmigungen können die Darstellungen des Flächennutzungsplans von unterschiedlicher recht- 

tlicher Bedeutung sein, die mit der Systematik der Genehmigungstatbestände in Zusammenhang steht. 

Bei der Prüfung der Zulässigkeit von Vorhaben nach §§ 29 – 37 BauGB sind drei große Planbereiche zu 

unterscheiden, in denen jeweils unterschiedliche Maß- 

stäbe für die Zulässigkeit von Vorhaben angelegt werden:

- Geltungsbereich eines Bebauungsplans, der alle Maßnahmen gemäß §§ 36 BauGB enthält (qualifizierter Bebauungsplan), 

- Der nichtboliterende (nicht durchstehende, nicht abgerundete, nicht ebene) Bereich, § 34 BauGB. 

- Der Bereich, der nicht von einem qualifizierten Bebauungsplan erfasst wird und nicht innerhalb des in Zusammenhang bebauten Ortssteiles (§34 BauGB) liegt (Außerbereich, § 35 BauGB).

4. Die Bedeutung des Flächennutzungsgesetzes bei plankonformen Genehmigungen s. § 29 – 31 BauGB

Nach § 30 BauGB ist ein Erb- oder Versteineren zulässig, wenn es im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungspla 


ns liegt, es diesen Festsetzungen nicht widerspricht und die Erschließung gesichert ist. Die Genehmigung nach § 31 BauGB hat danach folgende drei Voraus- 

setzungen:

- Lage eines Vorhabens im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplans, 

- fehlender Widerspruch zu den Festsetzungen des Bebauungsplans, 

- Sicherung der Erschließung.

Im Rahmen der gerichtlichen Kontrolle der erteilten oder verweigerten plankonformen Genehmigung ist daher die Wirksamkeit des Bebauungsplans zu unter- 

suchen. Bei dieser Frage spielen die Darstellungen des Flächennutzungsplanes eine wichtige Rolle.

4.1 Das Entwicklungsgebiet in § 8 Abs. 2 BauGB

Bebauungspläne sind gemäß § 8 Abs. 2 S. 1 BauGB, aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Bei der verwaltungsgewaltigen Kontrolle der Rechtmäßi- 

keit einer erteilten oder verweigerten plankonformen 


Bebauungspläne sind aus dem Flächennutzungspla- 


n in der Weise zu entwickeln, daß durch ihre Fest- 

setzungen die zugrundeliegenden Darstellungen des Flächennutzungsplanes konkreter ausgestaltet und damit zugleich verdeckt werden. Abweichungen sind nur zulässig, wenn sie sich aus dem Oberbau und der konkreten Planstufe richtigen und die Grund- 

konzeption des Flächennutzungsplanes unberührt bleibt. Aus zwingenden Gründen kann ein Bebau- 

ungsplan vor dem Flächennutzungsplan aufgestellt werden (vorzeitiger Bebauungsplan). Dies rechtssicher 

höhere nicht auf die Darstellung eines Bebauungsplans in Richtung der Festsetzungen des Bebauungsplanes ändern und zu anderen Darstellungen des Flächennutzungsplans für den Bauverwendungszwecke verwendet werden. Die Darstellungen des Flä- 

chennutzungsplanes sind vielmehr vorher zu ändern. 

5. Der genehmigungstatbeständige Oberbegriff 

Die prüfenden Stellen sind darauf hinzuweisen, ob ein Bebauungsplan entsprechend § 30 BauGB gedacht ist, ob es die planmäßige Oberstelung der Flächennutzungsgesetze gibt. Der Oberbegriff ist ein Rechtserweiterungsgesetz, § 34 BauGB, der ge- 

Baubürgerchaft gemäß §§ 29 – 31 BauGB bestimmt, die planmäßige Oberstelung von Flächennutzungsgesetzen, die nicht auf die Darstellung eines Bebauungsplanes in einem Flächennutzungsplan Rechnung getragen, war es im Flächennutzungsplan entwickelt werden konnte, was der Überprüfung der planmäßigen Oberstelung von Flächennutzungsgesetzen, die über die Darstellung eines Bebauungsplanes in einem Flächennutzungsplan Rechnung getragen werden. 

Weist der Flächennutzungsplan eine fakultativ ein- 

die Bewilligung über diese Linie hinaus erlaubt. Das in § 8 Abs. 2 S. 1 BauGB erläutert, dass die Darstellungen des Flächennutzungsplanes in einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren der erteilten oder verweigerten plankonformen Genehmigung nach §§ 29 – 31 BauGB berücksichtigt werden. Der Bebauungsplan, der die Grundlage für plankonformen Genehmigung bildet, 


21 BVerwG, Urteil vom 29.3.1975 – VwF 1975, S. 258. vgl. auch Werner E. / Werner J. (Hg.): Das öffentliche Bau- und Boden- 

recht, Raumanpassung, MFT, Enz, CB, 199. 


ist nur achtmäßig, wenn er den Darstellungen eines wirksamen Flächenutzungsplans entspricht. Insoweit hat der Flächennutzungsplan sowohl bei der Klage eines Bauherrn auf Erteilung einer plankonformen Genehmigung, als auch bei der Beurteilung einer erteilten Baugenehmigung gerichtlich Nachbarlage Bedeutung.

5. Die Bedeutung des Flächenutzungsplans bei Genehmigungen im Außenbereich nach § 35 Abs. 1 BauG

Liegt ein Vorhaben nicht im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplans und auch nicht im nicht-beplanten Innenbereich, so sind die Regeln über die Genehmigung von Außenbereichsvorhaben nach § 35 Abs. 1 BauG anzuwenden. Diese Vorschrift unterscheidet privilegierte Vorhaben14, bei denen der Rechtsverkehr des Bauverwalters planbegleitet ist. Im nicht-beplanten Innenbereich sind Genehmigungen nach § 42 BauGB anzuwenden. Die Umsetzung der Genehmigungen ist nur durch eine Bauordnung sowie durch die Kommunalverordnungen der Kommunalverwaltung festgelegt.

5.1 Die privilegierten Vorhaben nach § 35 Abs. 1 BauG

Vorhaben, die nach § 35 Abs. 1 BauG im Außenbereich zulässig, wenn die öffentliche Belange nicht entgegenstehen und die Bauordnung erbracht ist. Diese Vorschriften sind nur für Vorhaben, die nach § 35 Abs. 1 BauG im Außenbereich zulässig, wenn die öffentliche Belange nicht entgegenstehen und die Bauordnung erbracht ist.

5.2 Die nicht-privilegierten Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauG


Eine gleichartige Wirkung kommt hingegen einem Flächenutzungsplan, dessen Darstellungen für die Zulässigkeit eines Vorhabens sprechen, nicht zu. Ein solcher Plan kann zwar im Rahmen der Prüfung sonstiger öffentlicher Belange beachtlich sein. Die Darstellungen sind jedoch ungenau, einem Vorhaben etwa entgegenstehende und öffentliche Belange bestehen. Flächenutzungsplanenartete, die sich im Aufstel-

ungsverfahren befinden, sind bei Anwendung des § 35 Abs. 2 BauG grundsätzlich nicht zu berücksich-
tigen. Die Tatsache, daß Bebauungspläne erst von einem bestimmten Staatssenat der Planerelle an die Zu-
lässigkeit eines Vorhabens begründen, ergibt zugleich, daß Flächenutzungspläne als Planstande mindestens Fehlgrabe die nichtfälligen Entscheidungen nicht auslösen.15 Nach einer Entscheidung des Hess. VGH16 können aller-
dings Planungsvorstellungen der Gemeinde, die in einen nicht wirksamen (verabschiedeten) Flächen-

utzungsplan niedergelegt sind, als öffentliche Belan-

ge bei nicht-privilegierten Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauG zu berücksichtigen sein.

Gemäß § 35 Abs. 4 – 6 BauGB haben für bestimmte Nutzungserlaubnisse, Ersatzbauten und Erweiterun-

-gen die möglicherweise entgegenstehenden Darstel-

-lungen des Flächenutzungsplans keine Bedeutung.

6. Die Bedeutung des Flächenutzungsplans bei Genehmigungen im nicht-beplanten Innenbereich nach § 34 BauG

lieg der Bundesagenstick beheir „sozialeigennellig gebürtig“ hat 19. Wegen der Parallelität beider Vor- schriften können die Darstellungen eines Flächennutzungsplans auch für die Äußerungen der Zulassig- keit, die für die Ermächtigung des Bauherrn beplaneten Innenbereich gemäß § 34 Abs. 1 BBauG nicht herangezogen werden. Die in einem Flächennutzungsplan nur unvollkommen und grobmaschig angeordneten planerischen Vorstel- lungen der Gemeinde für die zukünftige Entwicklung eines Gebietes können die Unzulänglichkeit eines Vor- habens nicht indizieren. § 34 Abs. 1 BBauG räumt einem Bauwilligen für die bauliche Nutzung im nicht- beplanten Innenbereich – ähnlich wie für privilegierte Vorhaben nach § 35 Abs. 1 BImSchG – dem grundsätz- lichen Range nach dieselben Rechte ein wie demjenigen, der ein im Bereich eines qualifizierten Bebau- ungsplanes genehmigtes Grundstück baulich nutzen will 20.

7. Inzident-Kontrolle durch Normenkennkontrollplan
gegen einen Bebauungsplan nach § 47 VWGO

Die Darstellungen des Flächennutzungsplanes kön- nen nicht nur bei der gerichtlichen Rechtmäßigkeit- kontrolle von erteilten oder verweigerten Baugeneh- mungen inzident geprüft werden, sie können auch im Rahmen der Normenkontrollklage gegen Bebau- ungspläne gemäß § 47 VWGO einer Gerichtskontrolle zugeführt werden.

Auch die Neuregelung des § 47 VWGO ist die Nor- menkontrollklage nunmehr in allen Bundesländern einheitlich gegen Satzungen des BBauG zugelassen. Danach entscheidet das Oberverwaltungsgericht auf Antrag über die Gültigkeit von Satzungen, die nach den Vorschriften des BBauG und des BImSchG erlas- sen worden sind. Den Antrag kann jede natürliche oder juristische Person, die durch die Rechtsvorschrift oder deren Anwendung einen Nachteil erlitten oder in absehbarer Zeit zu erwarten hat, sowie jede Behörde stellen. Eine Revision an das BVerfG ist nicht vorgesehen. Gemäß § 47 Abs. 5 VWGO besteht allerdings eine Vorangegangenheit an das BVerwG wenn die Rechts- sache grundsätzliche Bedeutung hat oder das CVG von einer Entscheidung eines anderen Oberverwaltungsgerichts abweicht.

Da Bebauungspläne nur rechtsmäßig sind, wenn sie dort Entwicklungsziele des § 8 Abs. 2 S. 1 BBauG enthalten, sind im Rahmen einer Normenkontroll- klage gegen einen Bebauungsplan auch die Darstel- lungen des Flächennutzungsplanes auf ihre Wirksam- keit hin zu untersuchen.

8. Die Bedeutung des Flächennutzungsplanes als Vorwirkung der Ermächtigung


9. Grundsätze für die gerichtliche Kontrolle

Der Überblick über den „Flächennutzungsplan als Gegenstand der Rechtssprechung und des Rechts- schutzes“ darf die Grundsätze für die gerichtliche Kontrolle, mit denen die Darstellungen des Flächennutzungsplanes überprüft werden, nicht ausnehmen. Dam ist abschließend nachzugehen.

Bei der gerichtlichen Kontrolle der Bauleitplanung ist die Hauptfrage, nach welchen Maßstäben die recht- liche Überprüfung erfolgt. Der Gesamtschlag des gerich- tlichen Kontrollinstituts wird in drei Fragen: – in welchen Fällen ist eine Klage möglich (Kontrollöffnung)? – wie groß ist der Umfang der gerichtlichen Kontrolle (Kontrollreichweite)? – mit welcher Intensität werden planerische Ent- scheidungen vom Gericht geprüft (Kontrollfähigkeit)?


20 In: zum gesamten Fragenkreis bürofrisch Döring in: Werner Ernst / Milly Zinkahn / Walter Beilinger, Bundesbautage – Kommern, Anm. 30 zu § 34 BBauG.
neueren Arbeit[12] ist deshalb versucht worden, dem Flächenutzungsplan verbindliche Außenwirkung zu zuweisen und ihn als Satzung zu behandeln.

- Dadurch würde eine abstrakte Normenkonträre nach § 47 VwGO unmittelbar gegen den Flächenutzungsplan erörtert.

- Der Flächenutzungsplan wäre als verbindliche Satzung auch bei der Genehmigung von Vorhaben im nichtbeplanten Innenbereich nach § 34 Abs. 1 BBauG und bei privilegierten Vorhaben im Außenbereich nach § 31 Abs. 1 BBauG als öffentlicher Satzung zu behandeln.

- Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschrif- ten des BBauG könnte nach § 155 a BBauG geahndet werden, wenn der Mangel nicht innerhalb eines Jahres, namlich Inkrafttreten des Flächenutzungs- plans der Gemeinde gegenüber schriftlich geltend gemacht würde — eine Vorschrift, die für den Flächenutzungsplan nicht gilt, wenn man ihn nicht als Satzung behandelt.


[12] Vergleiche dazu Bänder, Urt. v. 5. 7. 1974 — 3 C 79/72 — BGBl. 1974, S. 736 (Fallzitat 4). Ein auf einer unzulässigen Vorwegnahme planer- ischer Entscheidungen beruhender Außendienstkarten (abstrakte Ab- wägungserklärung) kann unter den gleichen Voraussetzungen gegen die Bundesverwaltungsbehörde gerichtet werden, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal der Beschluß nicht, zumal de